

Tschetschenien

Update: Entwicklungen in Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan und anderen Teilen der Russischen Föderation

Klaus Ammann

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

7.November 2005

Angaben zum Autor:

Klaus Ammann ist Historiker mit Schwerpunkt Osteuropa und Journalist. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe «Diplomatische Dokumente der Schweiz» (<http://www.dodis.ch>) und als Redaktor beim Regionaljournal Zürich-Schaffhausen von Schweizer Radio DRS. Im Jahr 2000 arbeitete er als Freiwilliger bei der Nichtregierungsorganisation «Soldatenmütter von St. Petersburg» und steht seither in engem Kontakt mit der Organisation.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@osar.ch
Internet: www.osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Klaus Ammann


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 20.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2005  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
	1.1 Hinweise	2
2	Politische Situation	3
	2.1 Scheindemokratie nach dem Geschmack des Kremls	3
	2.2 «Tschetschenisierung» steht vor dem Abschluss	4
3	Sicherheitslage	5
	3.1 Tschetschenischer Widerstand	5
	3.2 Pro-russische und russische Streitkräfte	6
	3.3 Landwirtschaft auf Minenfeldern	7
4	Justizsystem	7
5	Menschenrechtslage	9
	5.1 Zunehmende Zahl von Entführungen	9
	5.2 Bedrohung von Menschenrechts-AktivistInnen	10
6	Humanitäre und sozioökonomische Lage	11
	6.1 Ein Leben im Stress	11
	6.2 Korruptes Bildungswesen	11
	6.3 Teure Gesundheit	12
	6.4 Entvölkerte Bergregionen	12
7	Vertriebene und Geflüchtete	13
	7.1 Intern Vertriebene (IDPs)	13
	7.2 Prekäre Lage der RückkehrerInnen	14
	7.3 Unwillkommene Gäste im übrigen Russland	15
	7.4 Dokumente	16
8	«Tschetschenische Zustände» in Inguschetien und Dagestan	17
	8.1 Immer schneller drehende Gewaltspirale	17
	8.2 Jugend ohne Perspektiven	18
	8.3 Grenzenlose Terrorismusbekämpfung	18

1 Einleitung

Rund 70'000 Tschetscheninnen und Tschetschenen haben in den vergangenen Jahren in einem europäischen Land einen Antrag auf Asyl gestellt – nur ein kleiner Teil von ihnen hat dieses Ziel bisher erreicht.¹ Wie viele Menschen zurzeit in Tschetschenien auf die nächste Gelegenheit warten, um in den Westen zu fliehen, kann nicht genau eruiert werden. Dass es immer mehr sind, ist jedoch offensichtlich. Allein diese Entwicklung widerlegt die von Moskau gebetsmühenhaft vorgetragene Beteuerungen einer «Normalisierung» der Situation in der Kaukasus-Republik.

Gemäss einer Zusammenstellung der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation «Chechnya Advocacy Network» anerkennt die Schweiz nur 10 Prozent der GesuchstellerInnen aus Tschetschenien als Flüchtlinge und fordert aussergewöhnlich detaillierte Auskunft über die Verfolgung, während beispielsweise die Migrationsbehörden in Österreich in 96 Prozent, Belgien in 60 Prozent und Dänemark in 35-50 Prozent der Fälle den Flüchtlingsstatus erteilen.²

Vor diesem Hintergrund soll der vorliegende Bericht involvierten und interessierten Menschen in der Schweiz und im benachbarten Ausland Hilfestellung bieten zum Verständnis der Gründe einer Flucht aus Tschetschenien und zur Einschätzung des Risikos einer Rückschaffung in die Russische Föderation.

Seit Mai 2004 hat sich die Sicherheitslage in Tschetschenien keineswegs verbessert. Nach wie vor herrscht ein Klima der Gewalt, täglich kommen Menschen gewaltsam zu Tode. Die von Moskau versprochene Wiederaufbauhilfe ist weitgehend versickert oder ausgeblieben, so dass im humanitären Bereich nur geringfügige Verbesserungen festgestellt werden können. Nach wie vor begehen alle Konfliktparteien regelmässig gravierende Menschenrechtsverletzungen. Die Täter, auch die identifizierten, entgehen in den allermeisten Fällen ihrer Strafe.

Militärisch stagniert der Konflikt, wobei er mittlerweile zu einem grossen Teil «tschetschenisiert» ist. Die föderalen Kräfte haben ihre Aufgaben vielerorts an loyale tschetschenische Verbände abgetreten, so dass sich nun Tschetschenen gegenseitig bekämpfen. Die separatistische Seite des Konflikts kann folglich ausgeblendet und das Ganze als eine innertschetschenische Angelegenheit dargestellt werden.

Eine Reihe terroristischer Anschläge haben Tschetschenien und den gesamten Nördlichen Kaukasus in den vergangenen Monaten wiederholt ins internationale Bewusstsein gerufen: Im Juni 2004 überfielen radikale Militante verschiedene Städte in Inguschetien und brachten sie vorübergehend unter ihre Kontrolle. 90 Tote und über 100 Verletzte waren die Folge. Drei Monate später explodierten zwei russische Passierflugzeuge über Zentralrussland – dabei starben 90 Menschen. Kurz darauf nahmen Widerstandskämpfer in der nordossetischen Stadt Beslan über 1000 Menschen, darunter mehrere hundert Kinder in einer Schule als Geiseln. Fast 350 Geiseln star-

¹ Aliev, Timur. «Velikoe čečenskoe pereselenie (Die grosse tschetschenische Umsiedelung).» *Čečenskoe občestvo (Chechen society)*, 17, 30.8.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

² Chechnya Advocacy Network (CAN). «Rukovodstvo po pol'zovaniju dlja bežencev, iščuščich ubežišče v Evrope (Leitfaden für Flüchtlinge, die in Europa Asyl suchen)», Juni 2005, <http://www.chechnyaadvocacy.org/refugees/instruktsii%20dlya%20bezhentsev%200605.pdf> [25.10.2005].

ben vermutlich bei der Explosion von Sprengsätzen und in der darauf folgenden blutigen Befreiungsaktion durch bewaffnete Zivilisten und Sicherheitskräfte.³ Die Ermordung des vor Ausbruch des Zweiten Tschetschenien-Krieges gewählten Präsidenten Aslan Maschadow im März 2005 liess die Hoffnungen auf eine politische Lösung des Konflikts weiter schwinden.⁴

Die russische Regierung und ihre Vertreter vor Ort setzen nach wie vor auf eine gewaltsame Lösung. Jeglicher Widerstand wird als «terroristisch» abgetan und jeder Dialog ausgeschlossen. «Normalisiert» wird die Lage, in dem die wichtigsten demokratischen Institutionen unter Moskauer Leitung errichtet und mit loyalen TschetschenInnen besetzt werden. Der nächste Schritt auf diesem Weg sind die Parlamentswahlen in Tschetschenien, die grosse Gefahr laufen zu einer weiteren Farce zu werden. Der jüngste Gewaltausbruch in Nalcik, der Hauptstadt Kabardino-Balkariens, im Oktober 2005 deckt die Schwächen der Strategie Moskaus jedoch schonungslos auf: Die tief greifenden sozioökonomischen Probleme in der Region brechen auf und lassen sich offensichtlich nicht mit Gewalt lösen.

Ebenfalls eher zusätzlich verschärft hat sich die anti-tschetschenische Stimmung in der Russischen Föderation ausserhalb Tschetscheniens. Permanent werden TschetschenInnen Opfer von xenophoben Handlungen, willkürlichen Dokumentkontrollen und Hausdurchsuchungen durch die Sicherheitskräfte. Menschenrechtsverletzungen gegenüber russischen Bürgern tschetschenischen oder generell kaukasischen Ursprungs haben insbesondere seit der Bombenexplosion in der Moskauer Metro im Februar 2004 in Zahl und Intensität weiter zugenommen.⁵

1.1 Hinweise

Die vorliegende Analyse baut auf derjenigen vom Mai 2004 auf. Die Ereignisse in Tschetschenien bis Mitte 2004 sind dort dargestellt. Hier stehen die Entwicklungen seither sowie die aktuelle Lage im Vordergrund. Wie im Titel angetönt, wird im vorliegenden Bericht die Lage in der Kaukasus-Republik Tschetschenien analysiert, wobei in den Kapitel 7 bis 9 der Fokus auf die Nachbarrepubliken Inguschetien und Dagestan, sowie die gesamte Russische Föderation ausgedehnt wird.

Die Ausführungen basieren auf Materialien der internationalen Nichtregierungsorganisationen Amnesty International (ai), Chechnya Advocacy Network (CAN), Human Rights Watch (HRW), Institute for War and Peace Reporting (IWPR), den russischen Organisationen Memorial sowie Migration und Recht, des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge (UNHCR), des Norwegian Refugee Council, auf Artikeln aus der Schweizer Presse und der unabhängigen tschetschenischen Zeitung *Čečenskoe obščestvo* (Tschetschenische Gesellschaft) sowie auf persönlichen Gesprächen des Autors mit Vertretern tschetschenischer Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der Gründung des Forums der Tschetschenischen Zivilgesellschaft vom September

³ Amnesty International. «Report 2005 – Russian Federation», *RefWorld*, 25.5.2005, <http://www.unhcr.ch/refworld/> [9.9.2005].

⁴ Norwegian Refugee Council. «Whose responsibility? Protection of Chechen internally displaced persons, asylum seekers and refugees.» May 2005, http://www.nrc.no/Whose_responsibility_Chechnya.pdf, [25.10.2005].

⁵ Amnesty International. «Report 2005 – Russian Federation».

2005 in Bern.⁶ Unterorganisationen der UNO (WHO, UNICEF, etc.) liefern leider nur ausnahmsweise spezifische Daten zu Tschetschenien, da sie aus politischen Gründen grundsätzlich die Russische Föderation als ganze abdecken.

Ein Begriff bedarf an dieser Stelle der Klärung: Im vorliegenden Bericht wird wie in den vorhergehenden Analysen zur Bezeichnung des tschetschenischen Widerstandes der einfacheren Verständlichkeit halber allgemein der Begriff «Widerstandskämpfer» benützt. Der Autor ist sich jedoch bewusst, dass die «Widerstandskämpfer» unter sich keine Einheit bilden und teils schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begehen, die das Wort «Widerstand» nicht impliziert.

2 Politische Situation

2.1 Scheindemokratie nach dem Geschmack des Kremls

Die Parlamentswahlen vom 27. November 2005 sind bereits die dritten Wahlen in Tschetschenien in nur zwei Jahren. Im März 2004 wurden die WählerInnen zur Bestätigung des russischen Präsidenten Wladimir Putin an die Urnen gerufen. Im Oktober des vergangenen Jahres mussten sie dann einen Nachfolger für den ermordeten tschetschenischen Präsidenten Achmed Kadyrow bestimmen. Die Einseitigkeit der gesamtrossischen Präsidentschaftswahlen ist hinlänglich bekannt. Ähnlich präsentierte sich die Situation bei der Wahl Alu Alchanovs als Nachfolger Kadyrows. Alchanov war der Favorit der Russischen Regierung und wurde von Moskau faktisch «bestimmt».⁷

Wie in den vorangehenden Wahlkampagnen versprechen sich die Verantwortlichen öffentlich, dass das Leben in Tschetschenien nach den diesjährigen Parlamentswahlen besser werde.⁸ Das Interesse an den Wahlen scheint diesmal grösser als bei früheren Wahlen. Bereits sind rund 500 KandidatInnen registriert; darunter finden sich VertreterInnen aller grossen russischen Parteien – allen voran des «Einheitlichen Russland» von Präsident Putin und der Kommunistischen Partei – aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen.⁹ Gemäss einem langjährigen Beobachter wird die definitive Sitzverteilung im 61-köpfigen neuen Parlament aber – wie bereits die vergangenen Wahlen – nicht durch die tatsächliche Zahl der Stimmen, sondern faktisch bereits vor dem Urnengang zwischen dem Kreml, den Vertretern der Südlichen Föderalen Region und dem «offiziellen» Grosny ausgemacht.¹⁰

⁶ Vgl. dazu: «Ein tschetschenisches Forum für Zivilgesellschaft. Konstituierende Konferenz in Bern.» *Neue Zürcher Zeitung*, 221, 22.9.2005, 2.

⁷ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «Extract from the IHF report 'Human Rights in the OSCE Region: Europe, Central Asia and North America, Report 2005 (Events of 2004)': The Russian Federation.» 2005, <http://www.ihf-hr.org>, [25.10.2005].

⁸ Žadaev, Ruslan und Kazbek Zuraev. «Každому čečenzu – po deputatu! Količestvo kandidatov v deputaty parlamenta dostiglo polutysjači (Pro Tschetschene ein Kandidat! Die Zahl der Kandidaten für das Parlament hat 500 erreicht).» *Čečenskoe obščestvo*, 20, 12.10.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

⁹ Ibid.

¹⁰ Aliev, Timur. «The Parliamentary Elections: Kadyrov or Kozak?» *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 15, 3.-9.8.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005]. Aliev ist Chefredaktor der Zeitung

Alle Wahlen der Vergangenheit waren durch eine Zunahme der Gewaltakte von Seiten der Widerstandskämpfer geprägt. WählerInnen und KandidatInnen wurden unter Druck gesetzt und teilweise massiv bedroht. Vor diesem Hintergrund gelangten vor den Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2004 verschiedene tschetschenische NGOs mit dem Vorschlag an Präsident Putin, die Wahlen zu verschieben, den Notstand auszurufen, und die Macht vorläufig Moskau zu übertragen. Gleichzeitig sollten internationale Organisationen zugelassen werden, um Transparenz zu schaffen. Moskau schlug diese Ideen jedoch in den Wind.¹¹

2.2 «Tschetschenisierung» steht vor dem Abschluss

Gemäss einem Bericht der russischen Menschenrechtsorganisation «Memorial» brachte das Jahr 2004 dem Nordkaukasus zwei entscheidende Wendungen: Erstens schwappte der blutige Konflikt definitiv nach Inguschetien, Dagestan und Nordossetien über (siehe dazu Kapitel 9) und zweitens veränderte sich Moskaus Strategie der «Terrorbekämpfung».¹² Konkret setzen die Sicherheitskräfte immer systematischer Angehörige potentieller Widerstandskämpfer unter Druck, entführen sie und zerstören ihr Eigentum, um die Widerstandskämpfer selbst zur Aufgabe zu zwingen. In diesen Beziehungen haben sich vor allem die Truppen Vizepräsident Ramzan Kadyrows, des Sohns des ermordeten Präsidenten, die so genannte «Kadyrowtsi» einen zweifelhaften Ruf zugelegt. Die Methoden des Staates haben in diesem Bereich terroristische Züge angenommen.

Gleichzeitig ist die angetönte «Tschetschenisierung» des Konflikts praktisch abgeschlossen. Die Routinearbeit der so genannten «Anti-terroristischen Operation» ist jetzt fast ganz in den Händen ethnischer Tschetschenen. Deren Einheiten müssen versuchen, die Rebellenetzwerke in der Ebene zu eliminieren und die Kämpfer in den Bergen zur Aufgabe zwingen. Moskau bietet ihnen im Gegenzug die nötigen finanziellen Ressourcen, administrative und politische Unterstützung und vor allem Straflosigkeit.¹³ Die tschetschenische Regierung hat sich in diesem Umfeld zunehmend etabliert und versucht teils auf brutale Art und Weise jede Opposition im Keim zu ersticken.¹⁴

Die «Tschetschenisierung» hat strategische und propagandistische Vorteile: Erstens wird der Konflikt dank ihr zu einer internen Auseinandersetzung und verliert den Charakter des Separatistischen. Zweitens kann so die eine loyale Seite als legitimer und einziger Verhandlungspartner angesehen werden. Die Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte wird so zunehmend auf letztere gelenkt. Und schliesslich erscheinen dank der «Tschetschenisierung» Widerstandskämpfer in der Gesellschaft künf-

Čečenskoe obščestvo und Koordinator im Kaukasus des Institute for War and Peace Reporting (IWPR).

¹¹ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «IHF report.»

¹² Human Rights Center «Memorial». «Chechnya 2004: 'New' Methods of Anti-Terror Hostage taking and repressive actions against relatives of alleged combatants and terrorists.» März 2005, <http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1/msg/2005/03/m33236.htm>, [25.10.2005].

¹³ Ibid.

¹⁴ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF) und Norwegian Helsinki Committee (NHC). «The Silencing of Human Rights Defenders in Chechnya and Ingushetia.» 15.9.2004.

tig nicht als Märtyrer, die sich gegen fremde Invasoren gewehrt haben, sondern sie können als «Terroristen» abgestempelt werden.¹⁵

3 Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Tschetschenien ist nach wie vor äusserst prekär. Fast täglich kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen russischen bzw. prorussischen tschetschenischen Kräften und Widerstandskämpfern. 113 bewaffnete Separatisten sind nach offiziellen Angaben der tschetschenischen Regierung allein zwischen Januar und September 2005 getötet und 247 festgenommen worden. 35 haben gemäss der selben Quelle freiwillig ihre Waffen niedergelegt. In der gleichen Zeitspanne seien 104 tschetschenische Polizisten getötet worden. Das russische Verteidigungsministerium spricht von 81 getöteten und vier vermissten Armeeingehörigen. Diese Zahlen sind zwar bestimmt unvollständig, sie zeigen jedoch eines klar: Die Moskau-treuen tschetschenischen Einheiten bezahlen den höchsten Preis.¹⁶ Mit Sicherheit viel höher, aber ebenfalls schwierig zu beziffern, sind die Opfer unter der Zivilbevölkerung.¹⁷

3.1 Tschetschenischer Widerstand

Der tschetschenische Widerstand ist alles andere als eine homogene Front. Es gibt verschiedene Fraktionen. Die Kämpfer scheinen häufig die Gruppierung zu wechseln. Mit der Ermordung des ehemaligen Präsidenten Tschetscheniens Maschadow, der seiner Funktion im Untergrund bis zuletzt nachzukommen versuchte, haben die gemässigteren unter den Widerstandskämpfer einen schweren Rückschlag erlitten. Maschadow hatte als gemässigt gegolten und offenbar in breiten Bevölkerungsschichten Sympathie genossen. In den Monaten vor seiner Ermordung hatte er die russische Führung wiederholt zu Gesprächen aufgefordert, mit dem Ziel, den Konflikt auf politischem Weg zu lösen – Moskau ignorierte ihn. Nach Maschadows Tod scheint das Feld fast ausschliesslich gewaltbereiten Gruppierungen um Schamil Bassajew überlassen zu sein, der offen für ein gewaltsames Vorgehen einsteht und regelmässig die Verantwortung für Terroranschläge in der ganzen Region übernimmt.

Gleichzeitig stellen Beobachter fest, dass unter den Beweggründen der Widerstandskämpfer der Separatismus und die Idee einer politisch unabhängigen Republik Tschetschenien an Terrain verliert gegenüber dem Islamismus und dem Ziel

¹⁵ Human Rights Center «Memorial». «'New' Methods of Anti-Terror.»

¹⁶ Winkler, Peter. «Neue Verlustzahlen des Tschetschenienkonflikts. Mehr tote Polizisten als Armeeingehörige.» *Neue Zürcher Zeitung*, 244, 19.10.2005, 5.

¹⁷ Vgl. dazu auch Kapitel «Sicherheitslage» in Ammann, Klaus. «Tschetschenien und die tschetschenische Bevölkerung in der Russischen Föderation.» Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), 2004, www.osar.ch.

eines islamischen Staates im nördlichen Kaukasus.¹⁸ Dass vermehrt auch Gelder aus islamischen Ländern nach Tschetschenien fließen, scheint wahrscheinlich.

Wie stark die Widerstandskämpfer zahlenmässig sind, ist äusserst schwierig zu sagen. Seit dem Jahr 2000 beziffert die russische Seite die Zahl der Widerstandskämpfer regelmässig auf rund 1500. Dies ist gemäss einem in *Čečenskoe obščestvo* zitierten General aus dem Afghanistan-Krieg die optimalste Zahl für die Militärs. Wären die Widerstandskämpfer nämlich zahlreicher, käme die Armee unter stärkeren Erfolgsdruck, wären sie jedoch zahlenmässig noch schwächer, dann wäre die grosse Zahl russischer Soldaten in der Region nicht mehr gerechtfertigt. Die russische Menschenrechtsorganisation «Memorial» sieht sich durch diese gleich bleibende Zahl bestätigt: in ihren Augen bekämpfen die Russischen Streitkräfte nämlich nicht in erster Linie die Widerstandskämpfer, sondern viel mehr unbescholtene Zivilisten.¹⁹

An allen spektakulären Aktionen des tschetschenischen Widerstandes der letzten Jahre waren Frauen beteiligt. Gemäss neueren Untersuchungen zur Geiselnahme während einer Musical-Aufführung (Nordost) in Moskau im Oktober 2002 waren dort 20 der 50 Geiselnahmer Frauen. Frauen beteiligen sich offenbar an solchen Aktionen nicht nur aus Rache am Tod ihrer Männer. Häufig handelt es sich um Frauen, die aus irgendeinem Grund aus ihrer Gesellschaft ausgestossen worden sind, oft aber auch um arglose Frauen, die von Männern ausgenutzt, gezwungen und mit Psychopharmaka gefügig gemacht werden. Nicht selten sind zudem Verwandte an der Prämie interessiert, die für einen Selbstmordeinsatz winkt.²⁰

3.2 Pro-russische und russische Streitkräfte

Auf Grund der oben beschriebenen «Tschetschenisierung» des Konflikts scheint es angebracht, pro-russische tschetschenische Kräfte und die russischen Streitkräfte zusammenfassend zu behandeln. Die russischen Streitkräfte selbst sind nach wie vor in einem erbärmlichen Zustand.²¹ Rund 80'000 Soldaten und Offiziere sollen nach wie vor in der Kaukasus-Region stationiert sein. In Tschetschenien selbst treten sie nach verschiedenen Berichten in letzter Zeit weniger oft in Erscheinung, sondern überlassen das Feld ihren tschetschenischen Verbündeten. Gemäss einem Entscheid des russischen Verteidigungsministeriums dürfen seit dem 1. Januar 2005 keine Dienstpflichtigen mehr in Tschetschenien eingesetzt werden. Sie wurden nach offiziellen Angaben alle durch freiwillige Vertragsoldaten – so genannte Kontraktniki – ersetzt.²²

Die pro-russischen tschetschenischen Kräfte bestehen aus den Truppen des tschetschenischen Innenministeriums, den Spezialeinheiten «Vostok» (Ost) und «Zapad»

¹⁸ Falkowski, Maciej. «North Caucasus: the Russian Gordian knot. The key problems and conflicts in the region and the effect thereof on the future of Russia.» *CES Studies*, Centre for Eastern Studies., December 2004, <http://www.osw.waw.pl>, [25.10.2005].

¹⁹ Žadaev, Ruslan. «Nepřimimye i bessmertnye (Unversöhnliche und Unsterbliche).» *Čečenskoe obščestvo*, 26.9.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

²⁰ Merten, Victor. «Missbrauchte Selbstmörderinnen. Warum sich Frauen in Tschetschenien als 'lebende Bomben' losschicken lassen.» *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag*, 34, 21.8.2005, 73.

²¹ Vgl. dazu Kapitel «Russische Streitkräfte» in Ammann. «Tschetschenien.»

²² Winkler, Peter. «Erneut Zwischenfälle im Nordkaukasus. Die Eiterbeule Tschetschenien strahlt weiter aus.» *Neue Zürcher Zeitung*, 10, 13.1.2005, 3.

(West), sowie dem Sicherheitsdienst des tschetschenischen Präsidenten unter dem Kommando des ermordeten Präsidenten Achmed Kadyrow und Vize-Präsidenten Ramzan Kadyrov. Die soziale Zusammensetzung dieser Formationen variiert gemäss einem Bericht von «Memorial» stark. Die Einheit «Zapad» steht unter dem Kommando von Said-Magomed Kakiev und besteht hauptsächlich aus Männern, die bereits im ersten Tschetschenienkrieg (1994-1996) auf Seiten der Russischen Armee gekämpft haben. In der Einheit «Vostok» unter Sulim Jamadaev hingegen dienen Männer, die damals auf der Seite des Widerstandes gekämpft und erst 1999 die Seite gewechselt haben. Am stärksten sind jedoch die so genannten «Kadyrovci». Unter ihnen befinden sich viele, die auch den Zweiten Tschetschenienkrieg auf Seiten des Widerstandes begonnen haben, die jedoch gegen persönliche Garantien Achmed Kadyrows die Seite gewechselt haben. Neben den eigentlichen «Kadyrovci» bestehen Gruppen bewaffneter Männer in den Dörfern, die angeblich ebenfalls direkt Ramzan Kadyrows Befehlen Folge leisten. In letzter Zeit scheinen die tschetschenischen Sicherheitskräfte erfolgreich junge Männer zu rekrutieren. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage und der unvorstellbar hohen Arbeitslosigkeit in der Republik ist dies für viele Männer die einzige Möglichkeit, sich ein regelmässiges Einkommen zu verschaffen.²³

3.3 Landwirtschaft auf Minenfeldern

Nach einem Anstieg der Minenopfer von 2140 im Jahr 2001 auf 5695 im Jahr 2002 ist die Zahl der durch Minen verursachten Unfälle laut UNICEF dank breit angelegten Aufklärungskampagnen seit 2004 rückläufig.²⁴ Über die Zahl der in jüngster Zeit in Tschetschenien verlegten Minen finden sich keine Angaben. Auf jeden Fall sind in der Republik nach Angaben des tschetschenischen Landwirtschaftsministeriums nach wie vor 6185 Hektaren Land vermint. Insbesondere die Landwirtschaft ist in vielen Gebieten wegen der Minen blockiert. Erst Anfang März 2005 hat das tschetschenische Ministerium für Notfallsituationen mit der Entminung landwirtschaftlicher Gebiete begonnen. Zuvor war dies auf Grund der prekären Sicherheitslage und mangels Spezialisten nicht möglich. Rund 50 von Moskau entsandte Spezialisten haben in zwei Monaten 190 Hektaren entmint. Wenn nicht bald zusätzliche Minenspezialisten eingesetzt werden, dauert dieser Prozess jedoch noch Jahre. Für die Landwirtschaft von Bedeutung ist zudem, dass rund 12'000 Hektaren Land von Lagern der Russischen Streitkräften besetzt sind.²⁵

4 Justizsystem

Offizielle Statistiken vom September 2004 belegen, dass seit dem Beginn des Zweiten Tschetschenienkrieges 1999 insgesamt 22 Angehörige der Streitkräfte Gefängnisstrafen abgesessen haben oder noch absitzen für Verbrechen an der Zivilbevöl-

²³ Human Rights Center «Memorial». «'New' Methods of Anti-Terror.»

²⁴ U.S. Department of State. Bureau of Democracy, Human Rights and Labor. «Country reports on human rights practices 2004 – Russia.» 25.2.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/41704.htm>, [25.10.2005].

²⁵ Ramzanova, Asja. «Mine harvest. Part of the crop fields of Chechnya remain mined as before.» *Čečenskoe občestvo (Chechen society)*, 24.5.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

kerung.²⁶ Vergleicht man diese Zahl mit der Masse von registrierten Menschenrechtsverletzungen, wird augenfällig wie viele TäterInnen offensichtlich straflos davon gekommen sind. Russische und tschetschenische Instanzen der Judikative sind oft nicht willig und häufig nicht fähig, Verbrechen nachzugehen. Die gesetzlichen Grundlagen entsprechen wie in der gesamten Russischen Föderation grundsätzlich denjenigen eines modernen Rechtsstaats, doch der Ausgang des Yukos-Prozesses hat einer breiten Öffentlichkeit bewiesen, wie auch diese erfolgreich ausgehebelt werden können.

Zumindest einen kleinen Schritt zur Verbesserung der Rechtssicherheit hat der Föderale Strafvollzugsdienst UFSIN im Sommer 2005 unternommen, in dem er den Untersuchungsgefängnissen (im russ. Sprachgebrauch «Isolatoren») vorgeschrieben hat, Adressen von Menschenrechtsorganisationen und des Menschenrechts-Bevollmächtigten der Republik aufzuhängen. Damit verbunden ist die Idee, dass die Verhafteten über ihre Behandlung schriftlich Zeugnis ablegen können. Diese können in einem Strafverfahren weniger schnell unter den Tisch gewischt werden. Und offenbar nützen die Verhafteten die neue Möglichkeit rege: Seit August sind bei verschiedenen tschetschenischen Menschenrechts-Organisationen unzählige schriftliche Klagen über Misshandlungen eingetroffen. Sie sind alle ähnlichen Inhalts: Die Untersuchungshäftlinge werden offenbar systematisch vergewaltigt und gefoltert.²⁷ Die Menschenrechtsaktivisten zeigen sich erschüttert von den brutalen Methoden der «Gesetzhüter», die meist selbst Tschetschenen sind. Oft handelten sie äusserst sadistisch, hart und perfid, mit dem alleinigen Ziel, aus verhafteten Bürgern «geständige Schuldige» zu formen.²⁸ Die Erfassung der Klagen ist ein wichtiger Schritt, ein weiterer wäre die Untersuchung der Vorfälle. Letztere anzuordnen, liegt in den Händen der tschetschenischen Verwaltung, an welche die Klagen weitergeleitet werden. Gemäss dem «Komitee für die Einhaltung der Verfassungsrechte der russländischen Bürger, die auf dem Territorium der Tschetschenischen Republik wohnen» hat die Verwaltung bislang jedoch sehr wenig Interesse gezeigt, diesen Klagen nachzugehen.²⁹

Weil lokale und regionale Untersuchungen in der Regel erfolglos bleiben, wenden sich immer mehr TschetschenInnen mit Hilfe internationaler Organisationen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.³⁰ Obwohl viele von ihnen von den Sicherheitskräften eingeschüchtert, misshandelt oder einzelne sogar getötet worden sind, nimmt die Zahl der eingereichten Klagen laufend zu.³¹

²⁶ Human Rights Watch. «World Report 2005 – Russia», *RefWorld*, 1.1.2005, <http://www.unhcr.ch/refworld/> [9.9.2005].

²⁷ Satueva, Roza. «Pytki v Čečne prodalžajutsja (Das Foltern geht weiter in Tschetschenien).» *Čečenskoe obščestvo*, 21, 21.10.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

²⁸ Ibid.

²⁹ Ibid.

³⁰ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «IHF report.»

³¹ Amnesty International. «Russian Federation: European Court of Human Rights rulings on six cases from the Chechen Republic.» *Press Release*, 25.2.2005, [21.10.2005].

5 Menschenrechtslage

In einem Urteil von Anfang 2005 hält der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in sechs Fällen fest, dass Russland das Grundrecht auf Leben von Zivilpersonen sowie das Recht auf Entschädigung und auf friedlichen Gebrauch des Eigentums missachtet habe. In vier dieser Fälle haben es die russischen Behörden laut dem Gericht nicht geschafft, das Recht auf Leben der Zivilbevölkerung bei Planung und Durchführung von Militäroperationen zu schützen. In allen sechs Fällen fordert der europäische Gerichtshof, dass die Kläger entschädigt werden.³² Zudem haben es die Russischen Behörden gemäss dem Urteil nicht geschafft, die Vorfälle effizient zu untersuchen.³³

Gemäss «Amnesty International» wird mit diesem Urteil das systematische Versagen der russischen Behörden offensichtlich. Diese schaffen es nicht nur nicht, die Menschenrechte im Konflikt zu schützen, sondern sie sind auch unfähig bzw. nicht willens, Gerechtigkeit zu schaffen.³⁴ Ob das erste derartige Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte die Situation vor Ort nachhaltig verändert, wird sich weisen.

In den folgenden Unterkapiteln werden zwei menschenrechtsrelevante Bereiche – Entführungen und Bedrohung von MenschenrechtsaktivistInnen – detaillierter beschrieben. Zu Themen wie «Säuberungen» und «Vergewaltigungen» liegen keine neueren Daten vor. Es muss jedoch leider davon ausgegangen werden, dass sich die Situation auch in diesen Bereichen im Vergleich zur letzten Berichtsperiode nicht verbessert hat.³⁵

5.1 Zunehmende Zahl von Entführungen

Fürs Jahr 2004 belegt «Memorial» die Entführung von 396 Menschen in dem Teil Tschetscheniens, in dem die Organisation aktiv ist und der etwa einen Drittel des Territoriums ausmacht. Von den knapp 400 Entführten wurden 187 in der Folge meist gegen Lösegeld freigelassen, 24 wurden tot aufgefunden und 175 blieben verschwunden. Diese Zahlen sind geringfügig niedriger als im vorangehenden Jahr.³⁶

Im Jahr 2005 hat die Zahl insbesondere entführter junger Frauen und Mädchen laut einem Artikel der Zeitung *Čečenskoe obščestvo*, der sich auf Angaben von «Memorial» stützt, wieder stark zugenommen. Die Entführungen laufen offenbar immer nach demselben Schema ab: Bis zu den Zähnen bewaffnete Männer in Kampfanzügen fahren in den Siedlungen vor, zerrren junge Frauen aus den Häusern und fahren mit ihnen davon. Einige der Opfer werden in der Folge tot aufgefunden, andere bleiben spurlos verschwunden.³⁷

³² Ibid.

³³ Ibid.

³⁴ Ibid.

³⁵ Vgl. dazu auch Kapitel «Menschenrechtslage» in Ammann. «Tschetschenien.»

³⁶ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «IHF report.»

³⁷ Žadaev, Ruslan. «U kraja propasti (Am Rand des Abgrunds).» *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 14, 19.7.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

Gemäss «Memorial» hängt die Zunahme von Entführungen mit der Übertragung der Aufgaben an tschetschenische Einheiten zusammen. Als Russische Truppen das Gros der «Sicherheitsaufgaben» erfüllten und die Kritik an den Entführungen immer lauter wurde, war deren Zahl eine Weile lang rückläufig. Seit nun die Truppen des tschetschenischen Innenministeriums, insbesondere die Kadyrovci viele der genannten Aufgaben übernommen haben, kommt es offensichtlich wieder vermehrt zu Entführungen.³⁸

Die Untersuchungen von Entführungen bleiben in der Regel ergebnislos. Vermehrt haben Sicherheitskräfte wie oben erwähnt Verwandte von «Rebellen» als Geiseln genommen. Nachdem Rebellenführer Chambiiev so zur Aufgabe gezwungen worden war, wurden auch Verwandte Aslan Maschadows in Geiselhaft genommen.³⁹

5.2 Bedrohung von Menschenrechts-AktivistInnen

Wer sich in Russland und speziell in Tschetschenien für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, lebt unter ständigem Druck, oft gar in Lebensgefahr. Das Misstrauen gegenüber Menschenrechts-AktivistInnen kommt dabei von ganz oben: Im Mai 2004 kritisierte Präsident Putin Nichtregierungsorganisationen, indem er ihre Motivation in Frage stellte und sie beschuldigte, im Grunde nur nach ausländischen Unterstützungsgeldern zu trachten. In der Folge verschärfte die Duma im August die Bestimmungen über die Finanzierungsmöglichkeiten von Nicht-Regierungs-Organisationen.⁴⁰

Was die Regierung in Moskau rhetorisch und legislativ vorspurt, hat für viele Menschenrechts-AktivistInnen handfeste Folgen. Die «International Helsinki Federation for Human Rights» (IHF) spricht von einer drastischen Verschlechterung der Lage in den Jahren 2003 und 2004. Zwischen 1999 und 2002 wurden 67 Übergriffe gegen MenschenrechtlerInnen verzeichnet. Allein für die Zeit von Anfang 2003 bis August 2004 registrierte die Organisation 74 ähnliche Fälle. Dabei bezahlten dreizehn AktivistInnen ihren Einsatz mit dem Leben, zehn wurden entführt, viele gefoltert, geschlagen und anderweitig bedroht. Einige Übergriffe an MenschenrechtlerInnen, die sich mit Tschetschenien beschäftigen, ereigneten sich in Moskau und Nischni Novgorod, die grosse Mehrheit der Fälle jedoch in nördlichen Kaukasus, hauptsächlich in Tschetschenien selbst. Einige Opfer waren Ausländer oder Aktivisten aus andern Teilen der Russischen Föderation, die meisten jedoch TschetschenInnen.⁴¹ Die IHF stellt ausserdem fest, dass die Verantwortung für die meisten Übergriffe bei staatlichen Akteuren zu suchen ist, dass die Russischen Behörden keine effizienten Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Menschenrechts-AktivistInnen getroffen haben, und dass es die internationale Gemeinschaft bislang verpasst hat, die Russische Föderation an ihre Verpflichtungen gegenüber Menschenrechts-Aktivistinnen zu erinnern.⁴²

³⁸ Ibid.

³⁹ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «IHF report.»

⁴⁰ Amnesty International. «Report 2005 – Russian Federation.»

⁴¹ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF) und Norwegian Helsinki Committee (NHC). «The Silencing of Human Rights Defenders in Chechnya and Ingushetia.»

⁴² Ibid.

6 Humanitäre und sozioökonomische Lage

6.1 Ein Leben im Stress

«Du kannst nicht ruhig leben in Tschetschenien», meint Timur Aliev, der Kaukasus-Koordinator des IWPR im Gespräch. Er selbst lebt die eine Hälfte der Woche in Grosny, die andere im inguschetischen Nasran. Allein wegen der völlig unzulänglichen Kommunikationsmöglichkeiten müsse er als Journalist Tschetschenien regelmässig verlassen. Doch das sei bei weitem nicht das Schlimmste am derzeitigen Leben in Tschetschenien. Viel gravierender sei die Angst der Menschen. Die Angst, morgen schon «abgeholt» zu werden oder einem Anschlag zum Opfer zu fallen, präge den Alltag der TschetschenInnen, paralysiere viele. Daneben kämpfen sie um das nackte Überleben. Viele verfügen über kein fliessendes Wasser. Wer einen Anschluss hat, leidet unter der unregelmässigen Versorgung. Auch elektrischer Strom ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit.⁴³

Die Wirtschaft liegt immer noch in Trümmern, obwohl Tschetschenien über qualitativ hochstehendes Erdöl verfügt. Die meisten zerstörten Städte und Dörfer sind noch nicht wieder aufgebaut. Landwirtschaft und Viehzucht sind wie erwähnt wegen der unzähligen Minen vielerorts unmöglich. Die Arbeitslosigkeit hat mit geschätzten 80 Prozent ein horrendes Ausmass erreicht. Viele Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Diese werden zwar wieder regelmässig ausgezahlt, sie sind jedoch seit Längerem nicht mehr der Teuerung angepasst worden und deshalb viel zu tief.⁴⁴ Überleben können folglich viele Menschen nur dank Tauschhandel und illegaler Ölproduktion – und all dies obwohl die Regierung in Moskau beträchtliche Summen für den Wiederaufbau zur Verfügung stellt. Ein grosser Teil dieses Geldes verlässt allerdings Moskau gar nie oder «versickert» in Tschetschenien.⁴⁵

6.2 Korruptes Bildungswesen

Auch im Bildungswesen ist die Situation trotz einiger Verbesserungen nach wie vor desolat: Es mangelt an Lehrbüchern, an Lehrkräften und auch an Schulen.⁴⁶ Zudem ist hier, wie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Tschetschenien die Korruption allgegenwärtig. Studienplätze an der Universität sind nur gegen Bestechungsgelder zu haben. Je nach Fakultät kostet ein Platz zwischen 600 US Dollar (Physik) und 8000 US Dollar (Medizin). Einmal zur Universität zugelassen, müssen viele Studierende ihre ProfessorInnen bestechen, um genügende Noten zu erhalten. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass hauptsächlich Kinder begüterter Menschen an den höheren Bildungsinstituten anzutreffen sind.⁴⁷

⁴³ Gespräch mit Timur Aliev (Koordinator Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Grosny), 21.9.2005.

⁴⁴ Gespräch mit Timur Aliev (Koordinator Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Grosny), 21.9.2005.

⁴⁵ Falkowski. «North Caucasus: the Russian Gordian knot.»

⁴⁶ Gespräch mit Timur Aliev (Koordinator Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Grosny), 21.9.2005.

⁴⁷ Ramazanova, Asja. «Prodaju obrazovanie. Dorogo (Ich verkaufe Bildung – teuer).» *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 14, 19.7.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

6.3 Teure Gesundheit

Médecins sans frontières (MSF) hat Ende 2004 die Arbeit in Tschetschenien wieder aufgenommen, nach dem die Organisation sich 1997 in Folge der Entführung von freiwilligen Mitarbeitern aus Tschetschenien zurückgezogen hatte. Die Rückkehr nach Tschetschenien sei vor allem auf Grund der nach wie vor desolaten Lage im Gesundheitswesen erfolgt.⁴⁸ Die tschetschenische Gesundheits-Infrastruktur kann zurzeit nur schätzungsweise 40 bis 50 Prozent der Nachfrage decken. So hatte beispielsweise eine Geburtenklinik in Grozny zu Beginn dieses Jahres wochenlang keine Medikamente erhalten.⁴⁹ Weil es an Medikamenten und Geräten mangelt, müssen sich viele Menschen ausserhalb der Republik heilen lassen. Bis vor Kurzem war das in den Nachbarrepubliken möglich. Heute wird das auch dort immer schwieriger. Weiter weg zu reisen, können sich die meisten jedoch nicht leisten.⁵⁰

Ein illustratives Beispiel für die Verhältnisse im tschetschenischen Gesundheitswesen sind die Möglichkeiten im Umgang mit den verschiedenen Formen von Hepatitis. Die genaue Zahl der Hepatitis B- und C-Kranken in Tschetschenien ist nicht bekannt. Sie müssen zur Behandlung jedoch auf jeden Fall die Republik verlassen. Einzig zur Behandlung von Hepatitis A sind in Tschetschenien die nötigen Medikamente und Apparaturen vorhanden. Zudem ist die Behandlung in Tschetschenien mit rund 200 Rubel doppelt so teuer wie im dagestanischen Machačkala, in Stavropol oder in Rostov. Eigentlich müssten gemäss Weisung Nr. 293 vom 20.12.1993 des Föderalen Gesundheitsministeriums Aids-, Siphilis- und Hepatitis-Kranke obligatorisch behandelt werden, doch um diese Weisung kümmert sich in der tschetschenischen Realität kaum jemand. Und schliesslich wird in der ganzen Russischen Föderation den Hepatitis-Kranken eine Invalidenrente bezahlt; in Tschetschenien jedoch hat noch kein Kranker je eine solche Geldleistung gesehen.⁵¹

Diese katastrophalen sanitären und medizinischen Bedingungen und der Überlebensstress sind offensichtlich Ausdruck eines «aktiven» Konflikts, weit weg von einer angeblichen «Normalisierung».⁵²

6.4 Entvölkerte Bergregionen

Dutzende von Bergdörfern in Tschetschenien haben sich in den vergangenen Monaten und Jahren teilweise oder ganz entvölkert. Dörfer in der Nähe von Wäldern waren und sind besonders betroffen, da ein Leben in ihnen praktisch unmöglich geworden ist. Jederzeit konnten und können sie von russischen Artillerie- oder Luftangriffen getroffen werden, weil die Sicherheitskräfte davon ausgehen, dass sich in den Bergwäldern Widerstandskämpfer versteckt halten.⁵³

⁴⁸ Lemasson, Denis. «Return to Grozny», 18.4.2005, <http://www.msf.org> [9.9.2005].

⁴⁹ Ibid.

⁵⁰ Gespräch mit Timur Aliev (Koordinator Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Grozny), 21.9.2005.

⁵¹ Ramazanova, Asja. «'Laskovye ubijcy' uže v Čečne (Die 'zärtlichen Killer' sind schon in Tschetschenien).» *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 18, 13.9.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

⁵² Lemasson. «Return to Grozny».

⁵³ Chamidov, Zaurbek. «Gory bez gorcev (Berge ohne Bergler).» *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 13, 4.7.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

Zudem werden die tschetschenischen Bergdörfer nach wie vor weder mit Gas noch mit Kohle versorgt, d.h. die Menschen müssen mit Holz heizen. Wer jedoch in den umliegenden Wäldern Holz beschafft, riskiert sein Leben auf Grund der Minen und da sie oder er als mutmasslicher Terrorist in die Hände der Sicherheitskräfte fallen könnte.⁵⁴

Die Kriegsjahre haben vielen Bergdörfern die Existenzgrundlage entzogen. Zur Zeit der Sowjetunion haben viele Bergbewohner von der Landwirtschaft gelebt (Vieh, Mais, Kartoffeln). Die Männer fuhren über den Sommer in andere Regionen Russlands, nach Kasachstan und in andere Sowjetrepubliken, um zu arbeiten. All dies ist seit Jahren unmöglich.⁵⁵

7 Vertriebene und Geflüchtete

Über zehn Jahre nach Beginn des Konfliktes in Tschetschenien sind Zehntausende Menschen (noch) nicht an ihren früheren Wohnort zurückgekehrt. Über eine halbe Million Menschen sind seit Ausbruch des Krieges geflohen, rund 70'000 davon wie erwähnt nach Westeuropa, rund doppelt so viele in die Nachbarrepublik Inguschetien und in die übrige Russische Föderation. Der grösste Teil der Geflohenen hat Tschetschenien jedoch nie verlassen.⁵⁶ Die intern nach Inguschetien Vertriebenen, die dort in Zeltlagern hausten, wurden von der Weltöffentlichkeit am stärksten wahrgenommen. Sie hat die Russische Regierung mittlerweile mit Zuckerbrot und Peitsche nach Tschetschenien zurück getrieben. Die Lage der RückkehrerInnen ist jedoch prekär und auch diejenige von TschetschenInnen in der übrigen Russischen Föderation hat sich nicht entschärft.

7.1 Intern Vertriebene (IDPs)

Im Rahmen der «Normalisierung» der Lage in Tschetschenien hat der Druck auf tschetschenische intern Vertriebene (IDP) in Inguschetien und anderen Regionen der Russischen Föderation zugenommen. Mit Entschädigungsversprechungen und physischer Gewalt wurden und werden sie zur Rückkehr nach Tschetschenien gedrängt. Die letzten drei Zeltlager in Inguschetien – mit ca. 7'000 verbliebenen IDPs – wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2004 offiziell geschlossen.⁵⁷ Während nach Angaben des Norwegian Refugee Council im Januar 2004 noch 66'996 IDPs in Inguschetien registriert waren für humanitäre Unterstützung, so betrug ihre Zahl im März 2005 noch 32'446⁵⁸, davon leben gut zwei Drittel in privaten Unterkünften, der Rest nach wie vor in zum Teil improvisierten Lagern.⁵⁹ Die bewaffneten Auseinandersetzungen

⁵⁴ Ibid.

⁵⁵ Ibid.

⁵⁶ Vgl. dazu Kapitel »Innerstaatliche Fluchtalternative« in Ammann. »Tschetschenien.«

⁵⁷ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). »IHF report.«

⁵⁸ Norwegian Refugee Council. »Whose responsibility?«

⁵⁹ U.S. Committee for Refugees and Immigrants. »World Refugee Survey 2005 – Russian Federation«, *RefWorld*, UNHCR, 20.6.2005, <http://www.unhcr.ch/refworld/> [9.9.2005].

zungen und die damit verbundenen Menschenrechts-Verletzungen zwingen jedoch nach wie vor Menschen, aus Tschetschenien zu fliehen.⁶⁰

Die Zahl der nach Dagestan vertriebenen TschetschenInnen schätzte das UNHCR im Juni 2004 auf 8'000, in den übrigen Republiken des Nordkaukasus und der Russischen Föderation schätzte die selbe Institution die Zahl tschetschenischer IDPs auf rund 40'000. Zwischen 140'000 und 200'000 Vertriebene – je nach Schätzung – lebten im Januar 2004 in Tschetschenien selbst.⁶¹

7.2 Prekäre Lage der RückkehrerInnen

Von den Flüchtlingen, die in den vergangenen Jahren nach Tschetschenien zurückgekehrt sind, haben nur sehr wenige ihr ursprüngliches Haus in einem noch bewohnbaren Zustand vorgefunden. 120'000 Rubel (rund 3'500 Euro) hat die Russische Regierung TschetschenInnen, die aus andern Republiken zurückkehrten, als Entschädigung für den Verlust ihres Eigentums versprochen.⁶² Wer sein Heim verloren hat, aber in Tschetschenien geblieben ist, dem sollen gar 350'000 Rubel (10'000 Euro) versprochen worden sein.⁶³ Diese Entschädigungen sind in den vergangenen Monaten gemäss verschiedenen Berichten einem Teil der RückkehrerInnen tatsächlich ausbezahlt worden. Allerdings mussten die EmpfängerInnen verschiedene Behörden mit zwischen 30 und 50 Prozent des Betrages bestechen⁶⁴, um den Rest zu erhalten. Wohnraum lässt sich für die geringe Summe der Kompensationszahlungen nicht erwerben.⁶⁵ Folglich werden diese für den Kauf von Lebensmitteln und Miete ausgegeben. Angesichts der hohen Mieten reichen die Kompensationszahlungen nicht länger als ein Jahr.⁶⁶ Weil das Kompensationsprogramm offensichtlich im Sumpf von Korruption und Vetternwirtschaft völlig zu ersticken drohte, wurde es zudem schon mehrmals temporär suspendiert.⁶⁷

Rund 36'000 RückkehrerInnen, die nicht über ein eigenes Heim verfügen oder nicht bei Verwandten unterkommen, leben in provisorischen Unterkünften.⁶⁸ Nach verschiedenen übereinstimmenden Berichten sind die Zustände dort unhaltbar: Oft handelt es sich bei den Unterkünften um umfunktionierte ehemalige Studentenheime. Häufig gibt es dort keinen Strom und keine Heizung. Die Hygiene ist schlecht.⁶⁹ Die Bewohner sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, doch was sie vom Staat erhal-

⁶⁰ Norwegian Refugee Council. «Whose responsibility?»

⁶¹ Ibid.

⁶² Erlass № 510 der Regierung der Russischen Föderation vom 30. April 1997, vgl. Gannuškina, Svetlana A. *„Migration und Recht“*. Netzwerk von juristischen Beratungsstellen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, «An die Gerichte in Deutschland, Anwälte, Migrationsbehörden, und alle anderen Stellen und Personen, von denen das Schicksal Asylsuchender aus Tschetschenien abhängt.» 16.10.2005.

⁶³ Erlass № 404 der Regierung der Russischen Föderation vom 4. Juli 2003, vgl. Ibid. U.S. Committee for Refugees and Immigrants. «World Refugee Survey 2005 – Russian Federation».

⁶⁴ U.S. Committee for Refugees and Immigrants. «World Refugee Survey 2005 – Russian Federation».

⁶⁵ Gespräch mit Timur Aliev (Koordinator Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Grozny), 21.9.2005.

⁶⁶ Gannuškina, «An die Gerichte in Deutschland».

⁶⁷ Winkler. «Erneute Zwischenfälle.»

⁶⁸ Gespräch mit Lipchan Bassajewa (Memorial, Nazran), 21.9.2005

⁶⁹ Lemasson. «Return to Grozny».

ten, reicht bei weitem nicht. Viele verschulden sich folglich immer tiefer.⁷⁰ Die medizinischen Bedingungen der RückkehrerInnen sind gemäss einem Bericht von «Médecins sans frontières» schlechter als diejenigen in den Lagern in Inguschetien.⁷¹ Ausserdem haben die Rückkehrer keine Möglichkeit, ihre Rechte einzufordern. Was der Staat ihnen in den Lagern in Inguschetien versprochen hat, das scheint er jetzt vergessen zu haben.⁷²

7.3 Unwillkommene Gäste im übrigen Russland

Die Lage der TschetschenInnen in der übrigen Russischen Föderation hat sich seit der letzten Berichtsperiode nicht verbessert. Die Russische Regierung benützt nach wie vor ihre eigene Definition der «Zwangsmigranten» anstelle des UNO-Begriffs IDP. Ersterer muss von einer Region der Föderation in eine andere migriert sein, womit alle innerhalb von Tschetschenien Vertriebenen ausgeschlossen sind. Ausserdem gehören Opfer von Menschenrechts-Verletzungen, von Übergriffen durch Sicherheitskräfte, etc. nicht zu den «Zwangsmigranten».⁷³

Russland hat bisher 13'000 ethnische Russen, Armenier und Juden aus Tschetschenien als «Zwangsmigranten» anerkannt. Ethnischen TschetschenInnen wird dieser Status jedoch systematisch verweigert. Nur «Zwangsmigranten» können jedoch legal arbeiten oder Grundstücke erwerben und nur sie haben Zugang zu Gesundheits- und Bildungswesen sowie zu Altersrenten.⁷⁴

Nach wie vor herrscht in der Russischen Föderation eine stark anti-tschetschenische Stimmung. Diskriminierungen und Misshandlungen gegen TschetschenInnen sowohl durch Privatpersonen als auch durch Beamte in Uniform sind weit verbreitet. TschetschenInnen müssen willkürliche Verhaftungen, konstruierte Anklagen, illegale Identitätskontrollen aber auch Angriffe durch Gruppen von Privatpersonen über sich ergehen lassen.⁷⁵ Laut dem russischen Innenministerium sind in der ersten Hälfte des Jahres 2004 1058 Gesetzeshüter vor Gericht gezogen worden wegen Misshandlungen. Die Zahl solcher Fälle ist somit um 30 Prozent gestiegen im Vergleich zur Vorjahresperiode. Trotzdem herrscht nach wie vor ein Klima der Straflosigkeit. Oft schauen die Justizbehörden weg und wenn sie eine Strafe aussprechen, dann ist diese meist zu mild.⁷⁶ Der Konflikt in Tschetschenien trägt direkt zur Brutalisierung der Gesetzeshüter bei, da Polizisten aus ganz Russland gemäss einem Rotationsystem für sechs Monate nach Tschetschenien geschickt werden. Dort «lernen» sie willkürliche und gewalttätige Methoden, die sie anschliessend in ihren Heimatstädten zur Anwendung bringen.⁷⁷ Insbesondere in der Folge von Terroranschlägen hat die Polizei jeweils «Revancheaktionen» durchgeführt gegen ethnische Tschetschenen

⁷⁰ Ersenoewa, Elina. «The Right to be a refugee.» *Čečenskoe občestvo (Chechen society)*, 12, 21.-24.6.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

⁷¹ Lemasson. «Return to Grozny».

⁷² Ersenoewa. «The Right to be a refugee.»

⁷³ European Council on Refugees and Exiles (ECRE). «Guidelines on the treatment of Chechen Internally Displaced Persons (IDPs), Asylum seekers & refugees in Europe.» June 2005.

⁷⁴ U.S. Committee for Refugees and Immigrants. «World Refugee Survey 2005 – Russian Federation».

⁷⁵ Norwegian Refugee Council. «Whose responsibility?»

⁷⁶ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «IHF report.»

⁷⁷ Ibid.

und andere Menschen kaukasischer Herkunft. Ähnlich wie in Tschetschenien selbst ist es dabei zu willkürlichen Verhaftungen, Misshandlungen und Folter gekommen.⁷⁸

Das aus Sowjetzeiten stammende so genannte «Propiska»-System – nach dem an jedem neuen Wohnort ein Registrierungsgesuch eingereicht werden musste – ist zwar offiziell abgeschafft worden, faktisch wird es jedoch weiterhin angewendet. Grundsätzlich betrifft dies zwar alle Einwohner, TschetschenInnen sind jedoch überproportional stark diskriminiert, in dem ihnen oft die Niederlassung verweigert wird.⁷⁹

Svetlana Gannuškina, die Leiterin der Organisation «Migration und Recht» und Mitglied von «Memorial» kommt deshalb in ihrem jüngsten Bericht wiederholt zum Schluss:

«In der Tschetschenischen Republik gibt es keinen minimalen Schutz für die Bewohner. Für aus Tschetschenien stammende Menschen gibt es in Russland keine inländische Fluchtalternative. [...] Ich bin davon überzeugt, dass jeder aus Russland kommende Tschetschene die Voraussetzung zur Gewährung des Flüchtlingsstatus nach Artikel 1 der Konvention der UNO von 1951 hat, da er in Russland nicht vor Diskriminierung und Willkür geschützt wird.»⁸⁰

7.4 Dokumente

Vertriebenen aus Tschetschenien wird der Zugang zu Identitätspapieren erschwert.⁸¹ Viele – laut Svetlana Gannuškina sogar alle – Menschen, die in Tschetschenien registriert sind, können ihren Pass nur in Tschetschenien ausstellen oder erneuern lassen. Die Reise nach Tschetschenien ist jedoch mit hohen Kosten für Bestechungsgelder und vielerlei Gefahren verbunden. Um einen Inlandpass zu erhalten, muss man 50-100 Euro an Bestechungsgeldern bezahlen, will man einen Ausland-Reisepass, wird ein «Dankeschön» in der Höhe von 400-500 Euro erwartet.⁸² Selbstverständlich gibt es die Möglichkeit, Dokumente oder auch eine Registrierung zu fälschen. Allerdings halten Fälschungen nur der Überprüfung auf der Strasse stand. Auf dem Polizeiposten kann die Registrierung mit Hilfe einer Datenbank überprüft werden. Inhaber von Fälschungen – und nicht die Fälscher – müssen mit grossen Unannehmlichkeiten rechnen. Laut Svetlana Gannuškina stimmt zudem die Auffassung nicht, an kleinen Orten liesse sich ohne Registrierung leben oder dort sei es einfach, eine Registrierung zu erhalten. Eine Registrierung wird überall benötigt. Ausserdem ist es in kleinen Ortschaften sogar schwieriger anonym zu bleiben.⁸³

TschetschenInnen die ins Ausland flüchten wollen, haben ein zusätzliches Problem: Seit Ausbruch des zweiten Tschetschenienkrieges wird ihnen nur noch unter Bedingungen ein Ausland-Reisepass ausgestellt: Nur wer in einer andern Region der

⁷⁸ Ibid.

⁷⁹ Norwegian Refugee Council. «Whose responsibility?»

⁸⁰ Gannuškina, «An die Gerichte in Deutschland». Eine Position, die im Übrigen auch der Norwegian Refugee Council in seinem jüngsten Bericht übernimmt: Norwegian Refugee Council. «Whose responsibility?»

⁸¹ Norwegian Refugee Council. «Whose responsibility?»

⁸² Gannuškina, «An die Gerichte in Deutschland».

⁸³ Ibid.

Russischen Föderation registriert ist, erhält offiziell einen Auslandpass. Auf dem Schwarzmarkt kosten Auslandspässe zwischen 250 und 500 US-Dollar. Zudem ist es für TschetschenInnen mittlerweile sehr schwierig, Visa für Westeuropäische Länder zu erhalten.⁸⁴

Auch auf ihren Inlandpass müssen TschetschenInnen in der Regel viel länger warten als andere BürgerInnen des Landes, zum Teil Monate oder gar Jahre, obwohl die gesetzliche Frist für die Ausstellung eines Passes zehn Arbeitstage beträgt. Keinen Pass zu haben, kann gefährlich sein – verschiedentlich wurden Menschen auf Grund fehlender Dokumente von den Sicherheitskräften festgehalten und teils misshandelt. Laut *Čečenskoe občestvo* beträgt die «Gebühr», um das Verfahren zu beschleunigen zurzeit rund 2'500 Rubel, wobei es auch dann noch lange dauern kann. Als Grund für die Verzögerung bei der Herausgabe von Pässen geben die Behörden ausserordentliche Abklärungen an, die bei vielen TschetschenInnen nötig seien.⁸⁵

8 «Tschetschenische Zustände» in Inguschetien und Dagestan

8.1 Immer schneller drehende Gewaltspirale

Die Situation in den Nachbarrepubliken Inguschetien und Dagestan hat sich derjenigen in Tschetschenien in den vergangenen Monaten immer stärker angeglichen. Im Juni 2004 haben Widerstandskämpfer wie erwähnt für kurze Zeit die Macht in Inguschetien übernommen. Bei diesem Überfall wurden die Arsenale des inguschetischen Innenministeriums geplündert und Waffen geraubt, die offensichtlich später in Beslan eingesetzt wurden. Obwohl die staatlichen Sicherheitsorgane nach jenem dreisten Überfall erheblich verstärkt wurden, halten die Angriffe in Inguschetien an. Dagestan ist in den vergangenen Monaten Schauplatz einer Serie von Mordanschlägen – rund 70 allein zwischen Januar und Juli dieses Jahres⁸⁶ – auf führende Sicherheitsbeamte und andere Exponenten der Staatsgewalt gewesen. Im Rahmen einer gross angelegten Fahndungsaktion im Januar 2005 kam es in der ganzen Republik zu mehreren hundert Festnahmen, wobei allerdings die Grenze zwischen Terroristen und gewöhnlichen Kriminellen zunehmend verwischt wurde.⁸⁷ Die lokale Mafia, Extremisten und die russischen Sicherheitskräfte bekämpfen sich immer offener. Der Kreml hat auf diese Eskalation bisher hauptsächlich mit der Aufstockung seiner Truppen geantwortet.⁸⁸

⁸⁴ Aliev. «Velikoe čečenskoe pereselenie (Die grosse tschetschenische Umsiedelung).»

⁸⁵ Ramazanova, Asja. «Pasporto-zaderžki (Pass-Verzögerungen).» *Čečenskoe občestvo*, 12.10.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

⁸⁶ Affentranger, Zita. «Der Kreml-Führung droht ein zweites Tschetschenien. In der russischen Teilrepublik Dagestan droht das fragile politische Gleichgewicht zu zerbrechen. Der bisher gleichgültige Kreml ist alarmiert durch die Eskalation der Gewalt.» *Tages-Anzeiger*, 27.7.2005, 8.

⁸⁷ Winkler. «Erneute Zwischenfälle.»

⁸⁸ Obrecht, Thérèse. «Une poudrière prête à exploser. Un an après la prise d'otages de Beslan.» *La Liberté*, 31.8.2005, 8.

8.2 Jugend ohne Perspektiven

Sozioökonomisch präsentiert sich die Lage in allen Republiken des nördlichen Kaukasus ähnlich: Korruption, Klientelismus und Unterschlagung von Staatseigentum haben sich seit dem Ende der Sowjetunion ausgebreitet. Die Jugend hat keinerlei Perspektiven und die Arbeitslosigkeit ist allgegenwärtig – sie beträgt beispielsweise in Dagestan offiziell 32 Prozent.⁸⁹ Es gibt praktisch keine funktionierenden Unternehmen mehr. Der Grossteil der Bevölkerung lebt in unvorstellbarer Armut und kann nur überleben dank dem kleinen Gärtchen hinter dem Haus, dank Kleinhandel und dank Renten und Zuwendungen von Verwandten ausserhalb des Kaukasus. Gut geht es nur denjenigen, die Beziehungen zu Behörden haben. Diese wiederum leben von Beiträgen aus dem Bundesbudget, vom Handel mit Öl und Kaviar und von Schutzgeldern.⁹⁰

Die miserable Wirtschaftslage führt vielerorts auch zum Zerfall von Familien und Clanbanden sowie der moralischen Werte. So gehören Prostituierte, Bettler und Obdachlose erst seit ein paar Jahren zum Strassenbild der nordkaukasischen Städte. Zudem breiten sich Drogenproduktion und -schmuggel aus.⁹¹

Viele Jugendliche schlittern vor diesem Hintergrund mangels Perspektiven in die Kriminalität. Ein Teil von ihnen lässt sich zudem ideologisch radikalisieren.⁹²

Der Kreml ist sich all dieser Probleme grundsätzlich bewusst. Dies geht aus einem Bericht des Sonderbevollmächtigten Präsident Putins für den Kaukasus, Dmitri Kossak, von Mitte 2005 klar hervor. Demzufolge drohen beispielsweise Dagestan ethnische Konflikte, islamischer Extremismus und schliesslich das Auseinanderbrechen der Republik, wenn die Probleme nicht zügig angegangen würden.⁹³

8.3 Grenzenlose Terrorismusbekämpfung

Nicht nur die Widerstandskämpfer tragen den bewaffneten Konflikt in letzter Zeit vermehrt in die Nachbarrepubliken Tschetscheniens, auch die tschetschenischen Sicherheitskräfte weiten ihre Aktivitäten offenbar aus. Ramzan Kadyrov hat bereits offen erklärt, er wolle auch in Dagestan «für Ordnung sorgen». Gemäss *Čečenskoe obščestvo* sind tschetschenische Einheiten seit Beginn dieses Jahres damit aktiv beschäftigt. Dabei ist es auch bereits zu offenen Konflikten mit den dagestanischen Sicherheitskräften gekommen. Moskau stützt offenbar die tschetschenischen Bemühungen, denn seit Oktober 2004 ist Ramzan Kadyrow u.a. Berater Dmitri Kosaks und zuständig für dessen Zusammenarbeit mit den lokalen Sicherheitskräften.⁹⁴ In An-

⁸⁹ Isayev, Magomed. «Dagestan: Magomedov's Days Numbered? As speculation mounts over fate of republic's ruler, trouble brews on border with Chechnya.» *Caucasus Reporting Service*, Institute for War and Peace Reporting, 16.6.2005, <http://www.iwpr.net>, [9.9.2005].

⁹⁰ Falkowski. «North Caucasus: the Russian Gordian knot.»

⁹¹ Ibid.

⁹² Magomadova, Zulaj. «Čečnja, Dagestan, Kabarda, dalee – vezde (Tschetschenien, Dagestan, Kabardino-Balkarien und bald – überall).» *Čečenskoe obščestvo*, 21, 21.10.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

⁹³ Affentranger. «Der Kreml-Führung droht ein zweites Tschetschenien.»

⁹⁴ Aliev, Timur und Natal'ja Estemirova. «Čečenskij antiterrorist (Der tschetschenische Antiterrorist).» *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 10, 24.5.2005, www.chechensociety.net, [21.10.2005].

betrachtet all dieser Tatsachen ist es kaum verwunderlich, dass sich die Menschenrechtslage auch in den Nachbarrepubliken Tschetscheniens kontinuierlich verschlechtert. Auch in Dagestan und Inguschetien sind Menschenrechts-AktivistInnen, aber auch seriöse Gesetzeshüter zunehmend gefährdet.⁹⁵

Sowohl in Dagestan als auch in Inguschetien haben bereits vor Ausbruch des Tschetschenien-Krieges TschetschenInnen gelebt. Während sie in Inguschetien 2002 mit rund 20 Prozent die zweit grösste Volksgruppe nach den Inguschen stellen, sind die Tschetschenen Dagestans, die Akkiner, mit 3.4 Prozent der Bevölkerung eine kleine Minderheit.⁹⁶ Die TschetschenInnen, die in Dagestan oder in Inguschetien aufhalten, leiden unter der aktuellen Situation doppelt: Wie alle andern Einwohner sind sie von der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage betroffen. Zudem gehen auch in Dagestan die Sicherheitskräfte immer schärfer gegen TschetschenInnen vor. Mit jedem Anschlag verschärfen sich die Spannungen zwischen den andern Bevölkerungsgruppen und den TschetschenInnen. Insbesondere aus Inguschetien ist bekannt, dass die dortige tschetschenische und inguschische Bevölkerung die Flüchtlinge aus Tschetschenien anfangs sehr gastfreundlich aufgenommen hat. Mit der Verschärfung der Situation sind jedoch die Ressentiments gegenüber den langjährigen «Gästen» aus der Nachbarrepublik gewachsen.

⁹⁵ International Helsinki Federation for Human Rights (IHF). «IHF report.»

⁹⁶ Zahlen aus: „Gesamtrussische Volkszählung des Jahres 2002“, http://www.perepis2002.ru/ct/doc/TOM_04_2_06.xls